

Mit Einzelinitiativen gegen Windräder

Widerstand gegen Martin Neukoms Vorhaben In zahlreichen Gemeinden im Kanton Zürich reichen SVP-nahe Kreise Einzelinitiativen gegen Windkraftanlagen ein, um sie durch die Hintertür zu verhindern.

Malte Aeberli

Baudirektor Martin Neukom (Grüne) hat im Oktober mit seiner Ankündigung alle überrascht. Damals gab er bekannt, dass der Kanton bis zu 120 Windräder aufstellen und so 7 Prozent des Strombedarfs im Kanton abdecken will. Und: Er zeigte auch, wo diese Windräder künftig stehen könnten. Die Gemeinden fühlten sich überrumpelt und forderten mehr Mitsprache.

Die Windkraftgegner machten daraufhin mobil. Sie zogen als Vortragsreisende von Gemeinde zu Gemeinde und hinterliessen eine Spur der Empörung. Diese will die SVP nun offenbar nutzen.

In den vergangenen Wochen sind in vielen Gemeinden, in denen Windräder geplant sind, Einzelinitiativen oder Vorstösse für die Gemeindeversammlung mit identischem Text gegen die Windkraft eingereicht worden. In fast allen Fällen waren es die Sektionen der SVP selbst oder SVP-nahe Kreise mit weiteren Windkraftgegnern.

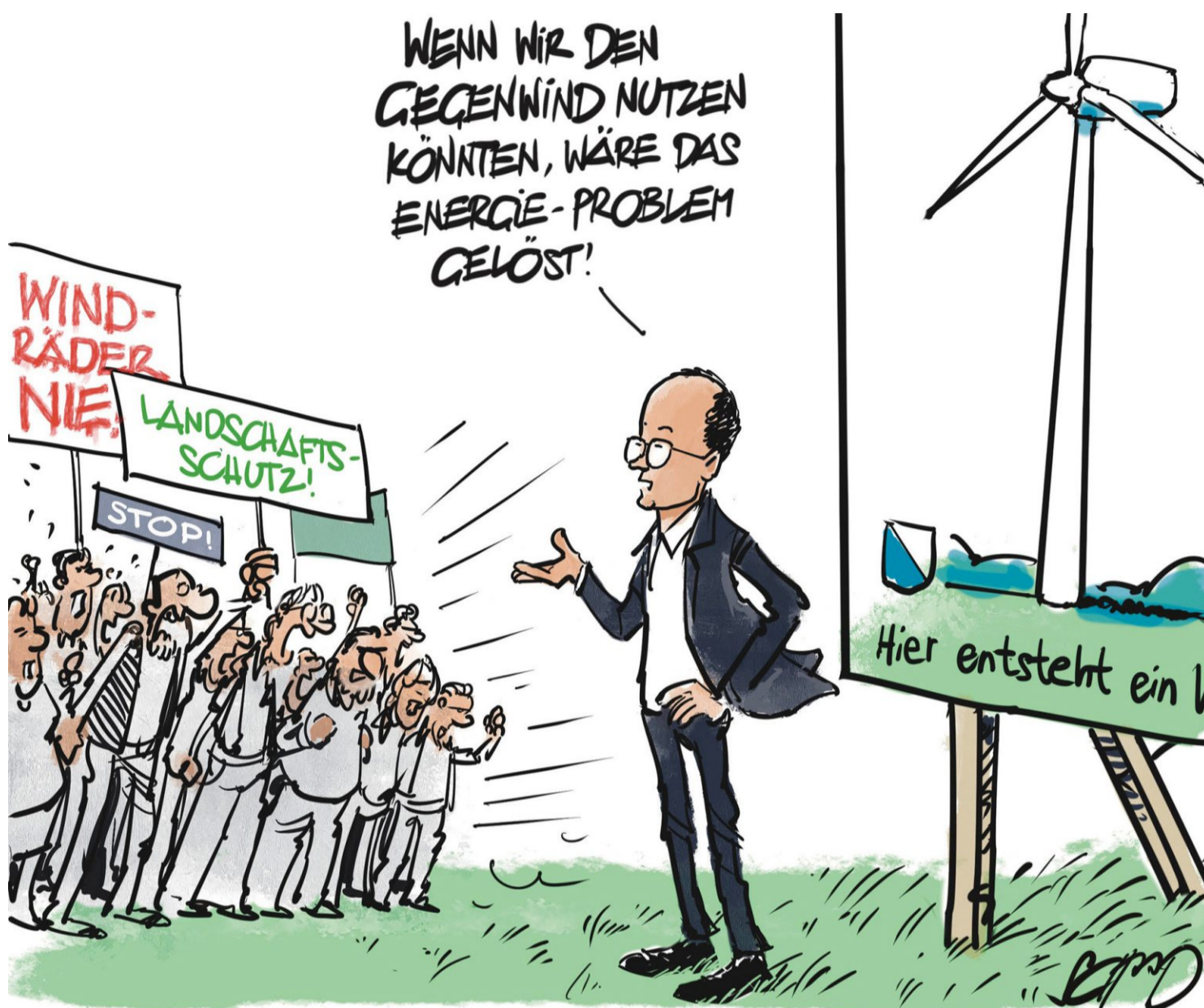
Der Text der Initiativen basiert auf dem «Modell Hagenbuch». In der Gemeinde Hagenbuch ist SVP-Nationalrätin Therese Schlöpfer vor vier Wochen ein politischer Mini-Coup gelungen: Die ehemalige Gemeindepräsidentin verlangte in einer Einzelinitiative, dass der Mindestabstand zwischen Windrädern und Wohnhäusern 700 Meter betragen soll – die Baudirektion plant bis anhin mit 300 Metern. Die Gemeindeversammlung erhöhte den Abstand gar auf 1000 Meter. Die Hoffnung: So könnten keine Windparks erstellt werden.

Kein offizieller Parteauftrag

Die Parteileitung der SVP hat ihre Sektionen in fast allen Bezirken auf die Möglichkeit der Einzelinitiative aufmerksam gemacht. Der Zürcher SVP-Präsident Domenik Ledergerber sagt dazu: «Diese Windräder sind ein emotionales Thema und beschäftigen die Menschen.» Natürlich habe die Partei «besorgte Bürger» und ihre Sektionen auf die Möglichkeit des «Modells Hagenbuch» hingewiesen. Aber: «Einen offiziellen Parteauftrag gibt es nicht. Das muss von der Basis kommen», sagt Ledergerber. «Wir wollen die Gunst der Stunde nutzen und gegen die ineffizienten und unökologischen Windräder vorgehen.»

Dass immer mehr Gemeinden Einzelinitiativen nach dem «Modell Hagenbuch» in der Post haben, bestätigt Jörg Kündig (FDP), Präsident des Verbandes der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich: «Die Häufung ist schon auffällig.»

Die Gemeinden müssen die Initiativen nun auf ihre Gültigkeit prüfen und sie anschliessend im Herbst vor die Gemeindeversammlung bringen – und das, obwohl derzeit noch völlig unklar ist, ob die Anpassung der Bau- und Zonenordnung (BZO) durch die Gemeinde Hagenbuch nicht gegen übergeordnetes Recht verstösst und ob diese von der Baudirektion genehmigt wird. Die SVP betrachtet die Erhöhung des Mindestabstands



«Wir brauchen möglichst schnell Klarheit über Gültigkeit und Genehmigungsfähigkeit der Initiativen.»

Jörg Kündig
Präsident des Verbandes der Gemeindepräsidenten des Kantons

von 300 auf 700 Meter als rechtens. Im Kanton Baselland sei im Richtplan ein Mindestabstand von 700 Metern vorgesehen, heisst es im Text der Einzelinitiativen. Und das Bundesgericht habe im vergangenen Jahr die Rechtmässigkeit solcher Vorschriften bestätigt. Die Partei verweist auf ein Urteil zur Gemeinde Tramelan im Berner Jura, die gegen den Willen von Bund und Kanton einen Abstand von 500 Metern in ihrer Bauordnung festgeschrieben hatte. Das sei zulässig, entschied vor einem Jahr das höchste Schweizer Gericht.

Was im Kanton Zürich mit den Initiativen geschehen könnte, bleibt indes vorerst unklar. Wird eine kommunale Initiative angenommen und die Bau- und Zonenordnung angepasst, muss die Gemeinde die Änderung jeweils der Baudirektion zur Genehmigung vorlegen. Diese prüft dann unter anderem die Rechtmässigkeit der BZO-Änderung. Da die Baudirektion dieser Prüfung aber nicht vorgehen will, äussert sie sich derzeit nicht dazu.

Jörg Kündig fordert im Namen der Gemeinden: «Wir brauchen möglichst schnell Klarheit vom Kanton über Gültigkeit und Genehmigungsfähigkeit der Initiativen. Auch im Interesse der Stimmberechtigten.»

Neukom beteiligte die Gemeinden früher als vorgesehen an der Standortauswahl – unter Ausschluss der Öffentlichkeit im sogenannten Winddialog. Trotzdem steht er im Gegenwind, weil die Gemeinden die Überlegungen des Kantons zu wenig nachvollziehen konnten. Zuerst nannte er 46 Potenzialgebiete, nun sind es 52. Zudem hat die Baudirektion die Gebiete in diesem Prozess nun erstmals gewichtet: Je besser das Verhältnis von Energienutzung zu sogenannten Schutzpunkten, desto eher sind sie für einen Windpark geeignet.

Ja, aber bitte nicht bei uns

«Der Baudirektor hat wohl ganz bewusst im Oktober einen grossen Stein ins Wasser geworfen, nun muss er mit dem Wellengang leben», sagt Jörg Kündig. Immer mehr Gemeinden äussern sich indes auch öffentlich kritisch zu den Plänen. Dägerlen beauftragte den Gemeinderat, sich grundsätzlich gegen die Windkraft zu stellen. Die Haltung in vielen Gemeinden: Wir sind nicht grundsätzlich gegen Windkraft, aber bitte nicht bei uns.

Als exemplarisches Beispiel heisst es in einer Medienmitteilung der Gemeinde Hinwil: «Die Gemeinde sieht im geplanten Vorgehen der Baudirektion die Gemeindeautonomie untergraben.» Auf Nachfrage sagt Ge-

meindepräsident Andreas Bühler (SP), man sei nicht grundsätzlich gegen die Nutzung von Windkraft zur Energiegewinnung. Es fehlten aber wesentliche Unterlagen, um nachzuvoll-

ziehen, wie der Kanton beim Standort Bachtel den Schutz von Mensch, Natur und Umwelt berücksichtigt habe. «Das Potenzialgebiet liegt einerseits in der Bachtelschutzzone und anderer-

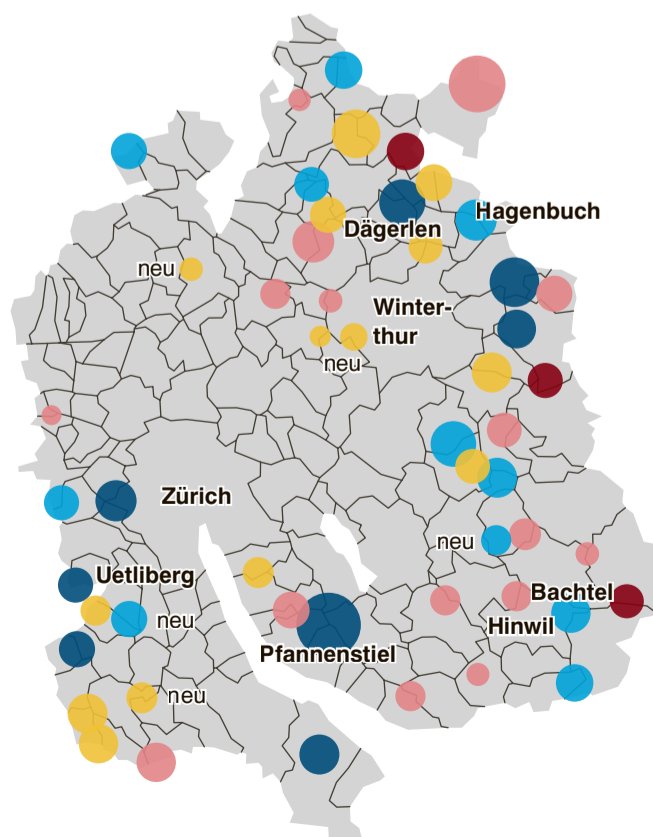
Mögliche Standorte der Zürcher Windparks

Chancen der Gebiete

■ sehr gut ■ gut ■ geht so ■ schlecht ■ sehr schlecht

Energieertrag in Gigawattstunden pro Jahr

○ 5 ○ 10 ○ 20 ○ 40 ○ 80



Stand der Planung April 2023. Laufende Anpassungen der Baudirektion.
Grafik: db / Quelle: Baudirektion Kanton Zürich

seits grösstenteils im Steilhang mitten im Wald. Da müssen für die Erstellung der Windturbinen massive Strassen in unwegsamem Gelände erstellt werden. Als Ortskundiger fehlt mir die Vorstellungskraft, wie dies vollzogen werden soll.» In der Tat liegen die meisten Potenzialgebiete auf einem Hügel und damit häufig auch in einem Waldstück.

Andreas Hasler (GLP) ist Präsident der Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr (Kevu) im Kantonsrat und als Geschäftsführer von Pro Natura Zürich in zwei Rollen mit dem Thema vertraut. Er sagt, die Kommunikation des Baudirektors sei offensiv und die frühe Mitsprache zu begrüssen. Aus naturschützerischer Sicht müsse man die Gebiete aber genau anschauen. «Bei uns sind die meisten windstarken Gebiete im Wald. Das werden wir kritisch hinterfragen müssen.»

Zur Haltung der kritischen Gemeinden sagt er: «Es ist das Gleiche wie bei Deponien: Sie müssen irgendwo stehen, aber niemand will sie bei sich haben.» Am Ende gingen die Interessen des ganzen Kantons vor.

Das EWZ steht bereit

So laut einige Standortgemeinden gegen die kantonale Planung opponieren, so gross ist die Zustimmung zur Windkraft in der Bevölkerung: Im Frühjahr 2023 zeigte eine Umfrage dieser Zeitung mit über 8000 Teilnehmenden, dass 70 Prozent die Windkraftpläne des Baudirektors befürworten. In der Stadt Zürich klingt es deutlich freundlicher als auf dem Land. Auf dem Buechhoger auf dem Ausläufer des Uetlibergs wären Windräder sogar auf Stadtgebiet möglich. Stadtrat Michael Baumer (FDP) sagt zum Vorgehen des Kantons: «Der Einbezug der Gemeinden ist wichtig und richtig. So kann die Akzeptanz gestärkt werden, und die Planung geht letzten Endes schneller voran.»

Bisher habe das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) vor allem auf Windenergieanlagen im Ausland gesetzt, vor allem wegen der langen Verfahren und Prozesse in der Schweiz. Zurzeit betreibt das EWZ 128 Windturbinen in 22 Windparks im Ausland. Stadtrat Baumer sagt: «Wir sind bereit, überall da zu investieren, wo die Stromproduktion nachhaltig und wirtschaftlich betrieben werden kann.»

Dafür müssen die Planungen nun allerdings voranschreiten: Nach den Sommerferien will Regierungsrat Neukom die Potenzialgebiete so weit eingeschränkt haben, dass er dem Regierungsrat sogenannte Eignungsgebiete vorschlagen wird. Diese werden dann als Teilrevisionen des Richtplans in den betroffenen Gemeinden aufgelegt. Erst mit diesem Schritt startet das eigentliche öffentliche Mitwirkungsverfahren: Jeder und jede darf dann die Meinung kundtun.

Bis dahin dürften die Windkraftpläne auch bereits wieder Thema im Kantonsrat geworden sein. SVP-Präsident Domenik Ledergerber kündigt an, die Windräder mit einer parlamentarischen Initiative zu bekämpfen.